



## **Viel Geld für heiße Luft**

- 1. Emissionen müssen runter**  
Die Reduktion von Treibhausgasen duldet keinen Aufschub
- 2. Klimaschutz muss Menschenrechte achten**  
Kein Klimaschutz auf dem Rücken der Menschen im Globalen Süden
- 3. Nachhaltiger Klimaschutz braucht Unterstützung**  
Indigene Wälder und klimafreundliche Kulturlandschaften müssen geschützt werden

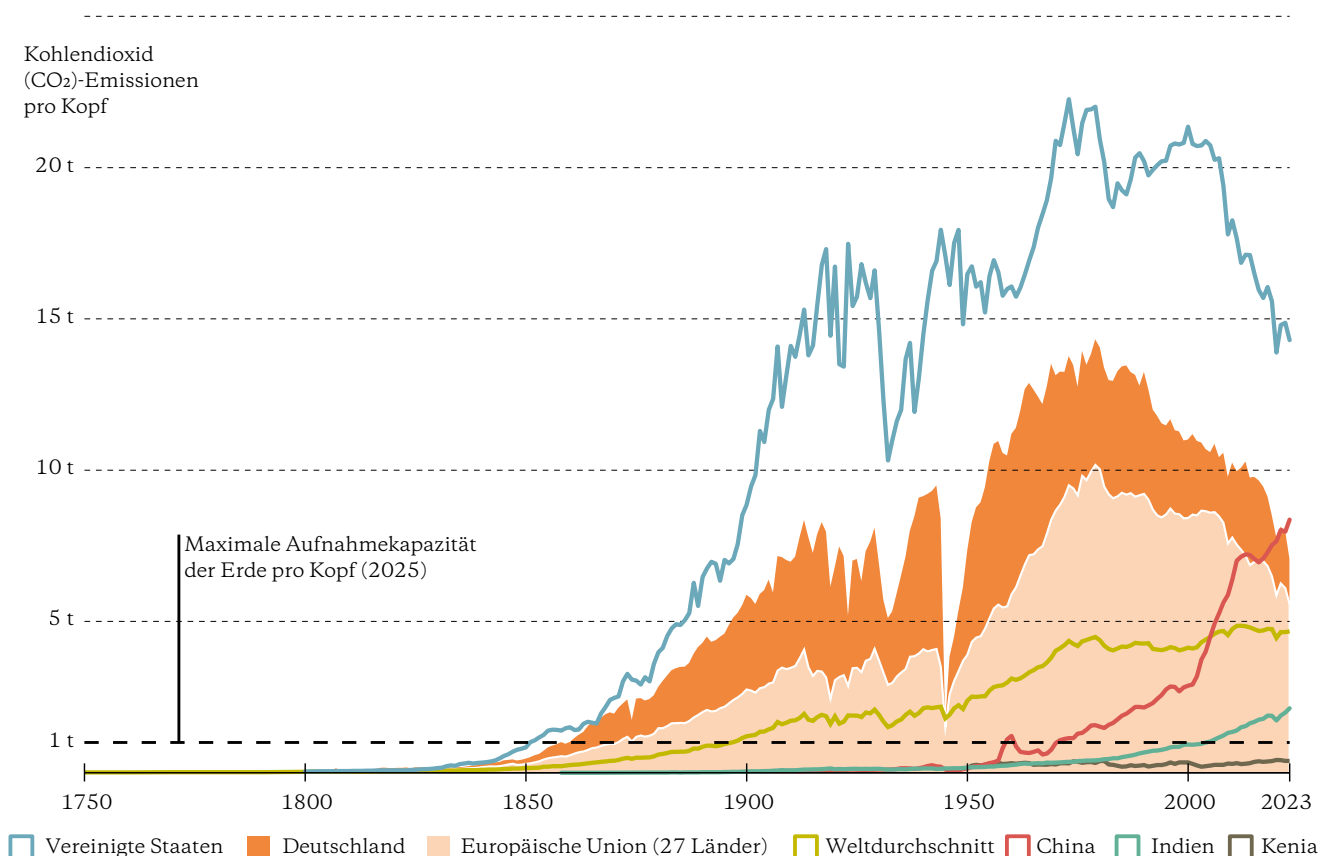
Stellen Sie sich vor, Sie kommen in ein Badezimmer und sehen eine überlaufende Badewanne. Der Wasserhahn ist voll aufgedreht, das Wasser läuft über den Wannenrand, das ganze Badezimmer steht unter Wasser, die Badezimmerereinrichtung wird durch die Wassermassen zerstört. Das Wasser droht durch den Fußboden in die untere Etage einzudringen und auch dort bleibende Schäden anzurichten. Was machen Sie als Erstes, um das Unglück aufzuhalten? Nehmen Sie einen Wischmopp, um das Wasser aufzuwischen? Oder stellen Sie die Wasserhähne ab, um die Ursache des Problems zu beheben?

## Emissionen steigen kontinuierlich

Die Analogie mit der Badewanne zeigt, wie wir uns verhalten, wenn es darum geht, die Erderwärmung einzudämmen. Ideenreich und mit vielen Ressourcen versuchen wir, die Treibhausgase wieder einzufangen, die angeblich unvermeidlich immer weiter in die Luft geblasen werden. Anstatt mit aller Konsequenz daran zu arbeiten, dass sie gar nicht erst entstehen. Hauptursache für die Erderwärmung sind verschiedene Treibhausgase, deren Ausstoß gegenwärtig

nicht nur nicht sinkt, sondern global sogar steigt. Nicht das gefährlichste, aber das langlebigste davon ist Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>). Auch wenn in einzelnen Ländern der Pro-Kopf-Ausstoß sinkt, werden diese Erfolge durch den steigenden Ausstoß anderer Länder wieder zunichte gemacht.

Eine Ursache für den Anstieg der Emissionen sind verschiedene Formen des Internationalen Emissionshandels. Die Idee dieses Handels ist, dass Emissionen, die an einem Ort des Planeten, meist im Globalen Norden, generiert und in die Luft geblasen werden, an einem anderen Ort, meist im Globalen Süden, durch spezielle Klimaschutzmaßnahmen und -projekte wieder aus der Luft geholt und gebunden werden sollen, das sogenannte „Offsetting“. Um diese Maßnahmen zu finanzieren, werden in speziellen Klimaschutzprojekten, beispielsweise durch großflächige Aufforstungen oder den Schutz von bestehenden Urwäldern, Klimaschutzzertifikate generiert. Diese können Unternehmen kaufen, um den Ausstoß ihrer Treibhausgase zu kompensieren. Der Emissionshandel ist also eine Art Ablasshandel: der Globale Norden finanziert Klimaschutz im Globalen Süden und kauft sich damit von Verpflichtungen frei, die eigenen Emissionen substantiell zu reduzieren.



CO<sub>2</sub> wird dem Land zugerechnet, in dem es ausgestoßen wird, und nicht dem, wo es verkonsumiert wird. Wird beispielsweise eine Lithiumbatterie in China auf Basis von fossilen Energien hergestellt und später in Europa genutzt, wird der dazugehörige CO<sub>2</sub> Ausstoß China und nicht Deutschland angerechnet. Wäre diese Grafik um den In- und Export von CO<sub>2</sub> bereinigt, läge der pro-Kopf Verbrauch in Deutschland ca. 24 Prozent höher und in China um ca. 9,2 Prozent niedriger.

**Grafik 1:** Steigerung der Kohlenstoffemissionen verschiedener Länder pro Kopf seit 1750

Quelle: Our World in Data: <https://ourworldindata.org/co2-and-greenhouse-gas-emissions>. August 2025.

## Spielarten des Emissionshandels

Der **Emissionshandel wurde in den 1960er Jahren in den USA entwickelt** und durch den im Kyoto-Protokoll (1997) eingeführten Clean Development Mechanism (CDM) vorangetrieben. Damit sollte den Industrieländern das Erreichen ihrer im Kyoto-Protokoll vereinbarten Ziele zur Verringerung von Treibhausgasen erleichtert und der Technologietransfer in Entwicklungsländer gefördert werden. Bereits hier erfolgte die Vergabe von handelbaren Zertifikaten über mutmaßlich eingespartes CO<sub>2</sub>, die es erlauben, CO<sub>2</sub>-Minderungsaktivitäten in einem Land mit dem CO<sub>2</sub> Ausstoß im anderen Land zu verrechnen.

Als Teil der **Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen** (United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC), einem internationalen Abkommen mit dem Ziel, die globale Erwärmung zu verlangsamen und ihre Folgen zu mildern, können Maßnahmen zur Minderung von CO<sub>2</sub>, die in einem Land umgesetzt werden, über Zertifikate in ein anderes Land transferiert und dort auf das nationale Klimaschutzziel angerechnet werden. Als Teil dieser Konvention beinhaltet Artikel 6.4 des Pariser Klimaabkommens von 2015 einen multilateralen Mechanismus zum Kohlenstoffhandel, welcher durch ein von der Vertragsstaatenkonferenz beauftragtes Gremium beaufsichtigt wird und Regeln und Verfahren zur Durchführung beinhaltet. Die Nutzung dieses Mechanismus soll in der globalen Bilanz zu einer absoluten Senkung der Emissionen führen, indem 2 Prozent der Emissionsminderungszertifikate bei einer Transaktion stillgelegt, also nicht mit Verschmutzungsrechten verrechnet werden können. Artikel 6.2 des Abkommens ermöglicht jedoch auch direkte zwischenstaatliche Kooperationen, für die lediglich vage gemeinsame Leitlinien gelten, und die die Ambitionen des Paragraphen 6.4 unterlaufen können.

**Im freiwilligen Kohlenstoffmarkt** (Voluntary Carbon Market, VCM) kaufen private Unternehmen, Organisationen oder Einzelpersonen Klimaschutzzertifikate, um ihre Emissionen zu kompensieren und behaupten zu können, ihre Produkte seien „klimaneutral“. Der VCM wurde im Jahr 2024 auf etwa 1,7 Milliarden US-Dollar geschätzt, mit erwarteten Wachstumsraten von gut 25 Prozent jährlich in den kommenden Jahren.<sup>1</sup> Zertifikate werden hier hauptsächlich über internationale Wald- und Klimaschutzprojekte generiert. Diese zielen darauf ab, über finanzielle Anreize die Abholzung von Wäldern zu begrenzen und die Wiederaufforstung zu fördern, um Treibhausgase zu binden.

**Der verpflichtende Emissionshandel** (Compliance Market, CM) basiert auf staatlich oder international festgelegten Emissionsbudgets (Caps) und Berechtigungszertifikaten, die hauptsächlich große Industriesektoren betreffen. Diese Zertifikate repräsentieren jeweils das Recht zum Ausstoß einer bestimmten Menge CO<sub>2</sub>-Äquivalente. Unternehmen sind verpflichtet, für ihre Emissionen entsprechend viele Zertifikate vorzulegen und können diese untereinander handeln. Das größte und bekannteste Beispiel ist das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS), das seit 2005 in Kraft ist und etwa 40 bis 45 Prozent der Treibhausgasemissionen der EU abdeckt. Der verpflichtende Emissionshandel hat zu realen Einsparungen von Treibhausgasen geführt und ist nicht Gegenstand der in dieser Broschüre geäußerten Kritik. Gegenwärtige Pläne, den EU-ETS auch für Zertifikate aus dem Globalen Süden zu öffnen, würden diesen bisher gut funktionierenden Mechanismus jedoch aushebeln. Denn durch diese Öffnung kämen zusätzliche, teilweise sehr fragwürdige Zertifikate in den EU-ETS, die zu einer Senkung der Zertifikatpreise führen würden. Durch diese Preissenkung ginge der Anreiz verloren, CO<sub>2</sub> einzusparen.

## „Offsetting“ ist kein Klimaschutz

Der Emissionshandel kann das Klima nicht effektiv schützen, denn er hat einen Systemfehler. Im VCM werden im Idealfall Emissionen im Verhältnis eins zu eins gehandelt: für eine Tonne CO<sub>2</sub>, die im Globalen Norden emittiert wird, soll mit Hilfe des Emissionshandels eine Tonne CO<sub>2</sub> im Globalen Süden wieder gebunden werden, unterm Strich ein Nullsummenspiel, das nicht zur Reduktion von Treibhausgasen führt. Doch selbst diese eins zu eins Kompensation ist in der Realität kaum gegeben. So muss ein Wald mindestens 100 Jahre bestehen, um eine nennenswerte Klimawirkung

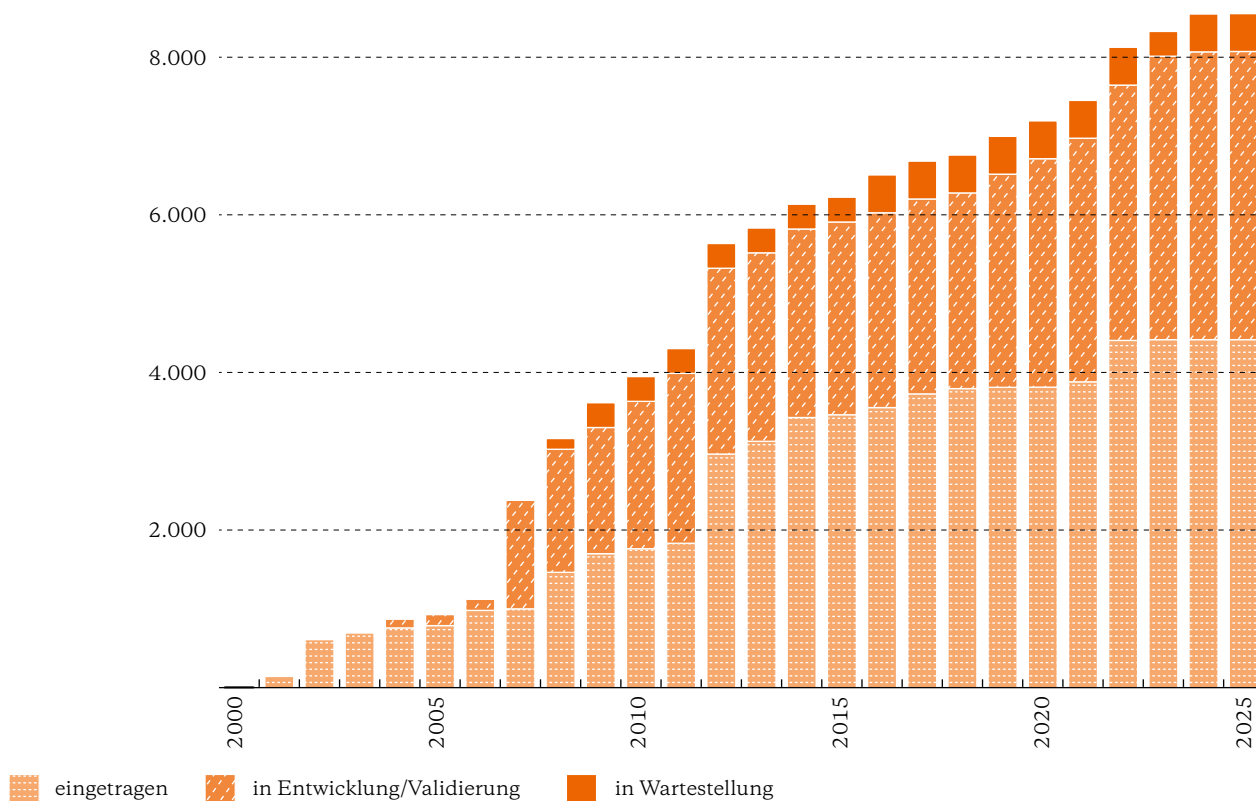
zu entfalten. Emissionen, die jetzt emittiert werden, werden also erst in ferner Zukunft eingefangen, und richten bis dahin erheblichen Schaden an. Auch gibt es im Waldschutz keine Garantie der dauerhaften CO<sub>2</sub>-Bindung. Wenn der Wald vor Ablauf dieser Zeit abgeholzt wird, verbrennt oder durch Schädlingsbefall verschwindet, wird das gespeicherte CO<sub>2</sub> freigesetzt. Eine große Übersichtsstudie des Net Zero Labs des Max-Planck-Instituts aus dem Jahr 2024 zeigt, dass Projekte zur CO<sub>2</sub>-Kompensation weitaus weniger Treibhausgase binden, als vielfach behauptet. Weniger als 16 Prozent der ausgegebenen CO<sub>2</sub>-Zertifikate in den untersuchten Projekten bewirkten eine echte Emissionsreduktion.<sup>2</sup>

## Landraub für den Emissionshandel

Landbasierte Kompensationsprojekte wie Waldschutz- oder Aufforstungsprojekte führen zu einem enormen Landbedarf. Allein zur Umsetzung der offiziellen Klimaschutzpläne der Länder (Nationally Determined Contributions — NDCs) würden weltweit etwa 1,2 Milliarden Hektar Land benötigt. Dies entspricht etwa zwei Dritteln der globalen Ackerfläche. Bevorzugte Zielgebiete für die Durchführung von

Kompensationsprojekten sind die Länder des Globalen Südens:<sup>3</sup> 31 tropische Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika — darunter Brasilien, die Demokratische Republik Kongo (DRC), Indonesien, Peru und Kolumbien — beherbergen fast 70 Prozent der weltweiten tropischen Wälder und bieten damit einen hohen Kohlenstoffspeicherwert. Die folgende Grafik zeigt die Zunahme der Landakquisitionen für Kompensationsprojekte, die insbesondere im Globalen Süden getätigt werden:

Gesamtfläche der  
Klimaschutzprojekte  
(in 1.000 ha)



**Grafik 2:** Zunahme von Landakquisitionen für Projekte des Kohlenstoffhandels seit 2000

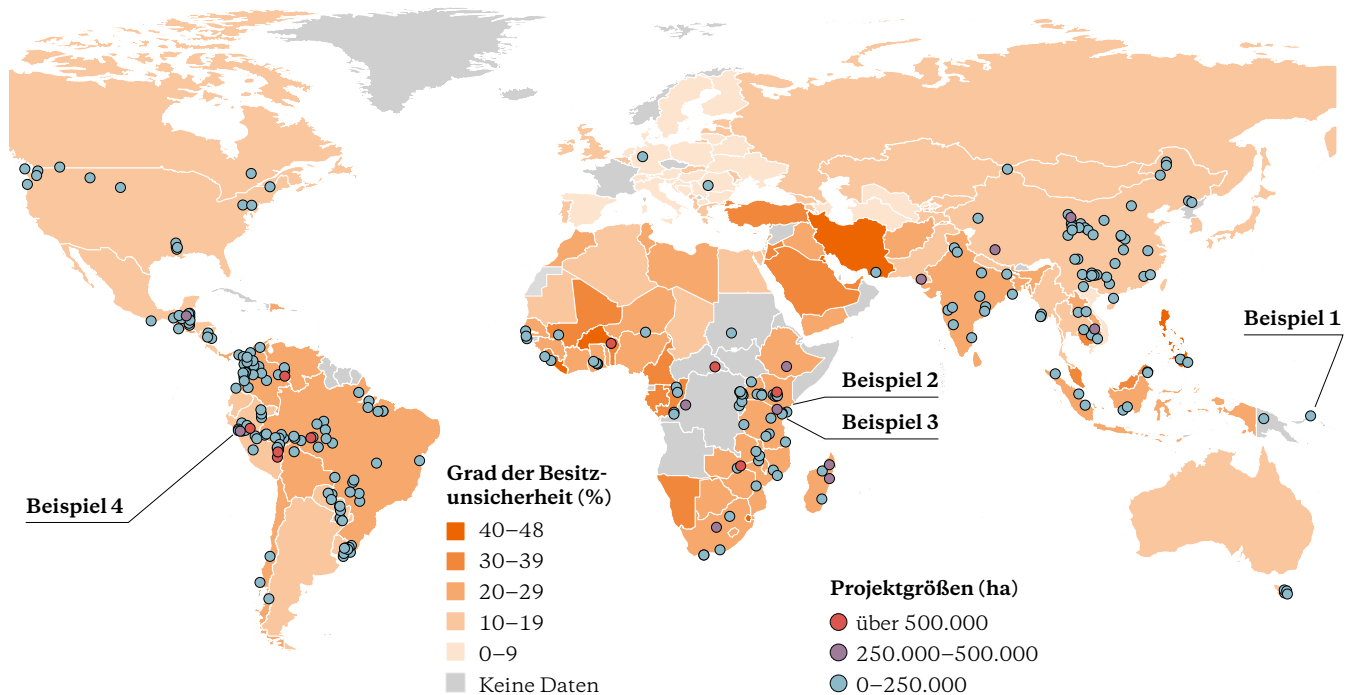
Kubitza et al. (2025): *Analytical report on land-based offset projects*. Land Matrix.

In vielen dieser Länder sind die Regierungen aufgrund von früheren oder noch anhaltenden Konflikten schwach, wie beispielsweise in der DRC oder Sierra Leone. Oder die Regierungen setzen, wie beispielsweise in Indonesien oder El Salvador, die Vorstellungen ihrer politischen Eliten mit harter Hand gegen die Interessen der Bevölkerung durch. Offsetting-Projekte werden dann häufig ohne vorherige Information und Konsultation der betroffenen Bevölkerung durchgeführt. Oft führen sie zum Verlust von Nutzungsrechten und Zwangsumsiedlungen. Den Betroffenen werden dadurch grundlegende Menschenrechte verweigert, ohne dass sie die Möglichkeit haben, sich juristisch dagegen zu wehren.

**In der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen (ILO) ist die freie, vorherige und informierte Zustimmung (FPIC) verankert. FPIC beschreibt die Notwendigkeit, dass eine von Projektaktivitäten betroffene Bevölkerung gut informiert und ohne äußeren Druck bereits vor Projektbeginn ihre Zustimmung zur Projektdurchführung geben muss.**

Die folgende Karte veranschaulicht die globale Verteilung von Projekten des freiwilligen Emissionshandels, die durch VERRA, den weltweit größten Anbieter von

Emissionsgutschriften zertifiziert wurden. Auffällig ist, dass dort, wo Landrechte am wenigsten gesichert sind, die meisten dieser Projekte stattfinden:



### Beispiele für landintensive Projekte des freiwilligen Kohlenstoffhandels

- 1. Papua Neuguinea:** Vertreter\*innen der Gemeinde Kait unterzeichneten 2019 einen Vertrag mit dem US-amerikanischen Unternehmen NIHT Inc. über ein Kohlenstoffprojekt. Darin wurden der Gemeinde die Rechte über ihr Land und dem darauf befindlichen Wald entzogen und dem Unternehmen übertragen. Weder die Verpflichtungen der Gemeinde noch deren Gewinnbeteiligung wurden verständlich geklärt. Innerhalb der Gemeinde kam es zu massiven Konflikten, da nur ein Teil der Gemeinde das Projekt befürwortete und andere aufgrund erheblicher Nutzungseinschränkungen dagegen waren. Das Projekt generierte über VCM über 1,3 Millionen verifizierte CO<sub>2</sub>-Zertifikate und verkaufte diese über VERRA. Die Gemeinde hat bisher kein Geld aus dem Projekt erhalten.
- 2. Kenia:** In Kenia wurden die indigenen Ogiek aus ihrem angestammten Waldgebiet vertrieben, um Platz für Aufforstungs- und Naturschutzprojekte zu schaffen, die das in Dubai angesiedelte Offsetting-Unternehmen „Blue Carbon“ mit der kenianischen Regierung verhandelt hatte. Die kenianische Regierung hat seit 2023 hunderte Häuser der Ogiek zerstört und Familien zwangsweise umgesiedelt.<sup>4</sup>
- 3. Tansania:** Das Longido and Monduli Rangeland Carbon Project liegt in einem Weidegebiet der Massai und umfasst 970.000 Hektar. Dort soll durch Nutzungsänderungen in der Weidewirtschaft die Kohlenstoffspeicherung im Boden erhöht werden. Dies ist für eine Zeitspanne von 40 Jahren geplant. Einer der Hauptsponsoren ist Volkswagen. Bei der Projektkonzeption wurden nur wenige mächtige Gemeindevertreter einbezogen, wodurch insbesondere Frauen und Jugendliche aus den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen wurden. Durch das Projekt werden große Teile der lokalen Pastoralist\*innen stark in ihrer Mobilität eingeschränkt und dadurch ihrer Existenzgrundlage beraubt.<sup>5</sup>
- 4. Peru:** Die Regierung Perus hat auf dem angestammten Land des indigenen Volks der Kichwa das Naturschutzgebiet „Cordillera Azul“ ausgewiesen (1,3 Mio. Hektar Land), ohne die indigene Bevölkerung vorab zu informieren oder zu konsultieren. In der Folge durften die Kichwa diesen Teil ihres Territoriums nicht mehr nutzen. Der peruanische Staat hat für die „Naturdienstleistungen“ des Parks Zertifikate auf dem internationalen Kohlenstoffmarkt ausgegeben. An den Einnahmen aus dem Emissionshandel wurden die Kichwa nicht beteiligt.<sup>6</sup>

**Grafik 3:** Geographische Lage von landintensiven Projekten des freiwilligen Kohlenstoffhandels

Quelle: Kubitzka, Christoph & Bourgoïn, Jeremy (2025). „Land Grabbing and Global Climate Action“ in Net Zero & Land Rights 2025, TMG Research & Robert Bosch Stiftung.

## Wer profitiert vom Emissionshandel?

Am freiwilligen Kohlenstoffmarkt ist eine Vielzahl von Akteuren — häufig mit Sitz im Globalen Norden — beteiligt, die die finanziellen Gewinne abschöpft, während die lokalen Gemeinschaften, auf deren Land die Maßnahmen häufig durchgeführt werden, nur einen verschwindend kleinen oder

gar keinen Anteil erhalten. Mangelnde Transparenz und fehlende Regulierung der Geldflüsse stellen wesentliche Hürden für eine gerechte Verteilung der finanziellen Vorteile aus dem Kohlenstoffausgleich dar. Eine Untersuchung fand heraus, dass bei Kompensationsprojekten bis zu 97 Prozent der Ausgaben an Vermittler\*innen fließen, aber nur 3 Prozent an die betroffenen Gemeinden weitergegeben werden.<sup>7</sup>

### Rollen der unterschiedlichen Marktteilnehmer\*innen

**Endnutzer\*innen von Kohlenstoffzertifikaten** sind Unternehmen, Organisationen oder Privatpersonen, die Dienstleistungen oder Produkte als „klimaneutral“ vermarkten wollen. Sie bezahlen für die Kohlenstoffzertifikate und bringen das Geld ins System.

**Vermittler\*innen** kaufen Kohlenstoffzertifikate von Waldschutzprojekten und verkaufen sie oftmals zu einem sehr viel höheren Preis an die Endnutzer\*innen, die Emissionen ausgleichen wollen. 90 Prozent der Vermittlungsagenturen veröffentlichen ihre Gebühren oder Gewinnmargen nicht, was eine Nachverfolgung der tatsächlichen Finanzverteilung erschwert.<sup>8</sup> Von den 10 Prozent der Vermittlungsagenturen, die ihre Gebühren offenlegten, belief sich die durchschnittliche Gebühr auf 15,5 Prozent. In einigen Fällen betrugen die Gebühren bis zu 86 Prozent des Zertifikatpreises.<sup>9</sup>

**Projektentwickler\*innen** bieten Kompensationsgutachten an und konzipieren Kohlenstoffprojekte, oft mit starkem Fokus auf Erstellung von Zertifikaten und Erstvermarktung. Sie kümmern sich auch um die Finanzierung. Die größten Projektentwickler\*innen (z. B. South Pole, Finite Carbon, ClimatePartner, myclimate u. a.) haben ihren Sitz in Europa oder den USA und schöpfen zwischen 30 und 50 Prozent der eingenommenen Summe der Gelder ab.

**Standardentwickler\*innen** (zum Beispiel VERRA, Gold Standard Foundation, Plan Vivo u. a.) erheben unterschiedliche Gebühren, wie die Registrierungs- und Ausstellungsgebühren, die meist im einstelligen Prozentbereich des Zertifikatwertes liegen.

**Zertifizierer/Validierer/Auditoren** validieren und zertifizieren das Projekt vor Ort und erhalten dafür vom Projektbetreiber ein Honorar, das je nach Größe des Projekts variiert. Bei der Validierung und Verifizierung durch akkreditierte externe Stellen liegen die Kosten meist im Bereich von einigen tausend bis zehntausend US-Dollar pro Vorgang, abhängig von Projektgröße und -typ.

**Projektbetreiber\*innen** sind natürliche oder juristische Personen, die für die Umsetzung eines Kohlenstoffprojekts verantwortlich sind. Sie sorgen für die Einhaltung der Zertifizierungsstandards, Monitoring, Datenerhebung und Berichterstattung, die Zusammenarbeit mit lokalen Stakeholdern und Behörden, Kommunikation mit Auditoren, Zertifizierern und manchmal Käufer\*innen. In der Praxis agieren sie häufig gleichzeitig als Projektentwickler.

**Lokale Gemeinschaften und indigene Völker**, die theoretisch von den Klima- und nachhaltigen Entwicklungsaspekten profitieren sollen, erhalten häufig nur einen minimalen Teil der finanziellen Erlöse, sofern Projekte nicht explizit faire Nutzenverteilung vorsehen. Zugesagte Vorteile für diese Gruppen werden oft nur teilweise oder gar nicht ausgezahlt. Doch selbst das Geld, was am Ende bei den Gemeinden ankommt, wird aufgrund von Intransparenz der Geldflüsse und Machtstrukturen innerhalb der Gemeinden häufig nicht fair verteilt. Oft gehen genau die Gruppen, die für ein Projekt ihre Landnutzungsrechte aufgeben mussten, leer aus.

## Saubere Energie wird schmutzig

Aufgrund der Unzulänglichkeit der landbasierten Klimaprojekte werden Emissionszertifikate jetzt immer häufiger auch für Investitionen in Windkraftwerke, Energiesparherde oder Solaranlagen generiert, mit dem Argument, dass diese Technologien Emissionen vermeiden. Das erscheint folgerichtig. Investitionen in erneuerbare Energien und

Energiespartechiken sind mittlerweile jedoch so wirtschaftlich, dass sie fast immer auch ohne Kompensationsgelder realisiert werden.<sup>10</sup> Klimaschutzmaßnahmen oder Emissionsminderungsprojekte dürfen laut der UN-Klimarahmenkonvention aber nur dann als CO<sub>2</sub>-Kompensationsprojekte herangezogen werden, wenn die Emissionsreduktionen ohne zusätzliche Gelder aus dem Emissionshandel nicht oder nicht in vergleichbarem Umfang eingetreten wären. Obwohl diese

Zusätzlichkeit nur selten glaubhaft nachgewiesen wird, nehmen diese Projekte im Emissionshandel immer mehr Raum ein. Investitionen zur Vermeidung von Emissionen kreieren durch die Einbindung in den Kohlenstoffhandel also neue Verschmutzungsrechte, die es ohne den Kohlenstoffhandel gar nicht geben würde. Damit trägt der Emissionshandel auch hier zur Erhöhung der globalen Emissionen bei, anstatt diese zu senken.

## Der Trugschluss des Geoengineering

Da der Klimawandel rasant an Fahrt aufnimmt und die Kosten für die damit verbundenen Schäden explodieren, werden jetzt große Hoffnungen ins Geoengineering gesetzt. Dieses beinhaltet unterschiedliche technische Verfahren, durch die der Atmosphäre CO<sub>2</sub> dauerhaft entzogen werden soll.

### Formen des Geoengineering

Mittels **Direct Air Capture (DAC)** soll Kohlenstoff direkt aus der Luft gefiltert und so die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Luft verringert werden.

Beim Carbon **Capture and Storage (CCS)** wird Kohlenstoff schon während des Produktionsprozesses abgefangen und später in der Erde oder im Meer verpresst, damit der gar nicht erst in die Luft gelangt.

Im Rahmen von **Bioenergie mit Carbon Capture and Storage (BECCS)** werden schnell wachsende Pflanzen zur Energiegewinnung verbrannt, der dabei entstehende Kohlenstoff wird abgefangen und ähnlich wie bei CCS in der Erde oder im Meer verpresst.

**Maritimes Geoengineering** regt das Wachstum von bestimmten Algenarten durch Düngung an, die viel CO<sub>2</sub> binden.

Bei der **Solar Radiation Modification (SRM)** sollen Chemikalien, die in die Luft freigesetzt werden, das Sonnenlicht reflektieren und damit die Erderwärmung mindern.

Obwohl diese Techniken seit Jahrzehnten erforscht werden, wurden bisher keine nennenswerten Durchbrüche erzielt. Im Gegenteil, Geoengineering gilt als extrem teuer, hochrisoreich und bisher wenig effektiv. Viele dieser Verfahren haben die sensiblen Funktionsweisen von Ökosystemen nicht im Blick. Oft werden sie im Globalen Süden ohne die Einbeziehung der vor Ort betroffenen Bevölkerung ausprobiert. Trotzdem sollen jetzt auch für Techniken des Geoengineering Emissionsgutschriften ausgegeben werden — ein Freifahrtschein für neue Emissionen.

## Klimaschutz braucht Finanzierung

2024 beliefen sich die direkten und indirekten staatlichen Subventionen sowie Investitionen im fossilen Bereich auf über 1,7 Billionen US-Dollar (etwa 1,63 Billionen Euro) weltweit. Diese Zahl umfasst sowohl direkte Zahlungen und Steuervergünstigungen als auch öffentliche Investitionen in fossile Energien.<sup>11</sup> Auch die aktuelle Bundesregierung plant jährlich etwa 9 bis 15 Milliarden Euro an zusätzlichen klimaschädlichen Subventionen und Anreizen, insbesondere für den Energiesektor, die Landwirtschaft und den Verkehrsbereich.<sup>12</sup>

Für den nachhaltigen Klimaschutz wäre viel gewonnen, wenn staatliche Subventionen in fossile Energieträger eingestellt würden, sofern sie nicht für den sozialen Ausgleich dringend erforderlich sind. Zusammen mit den 1,7 Milliarden Dollar (etwa 1,63 Milliarden Euro) jährlich aus dem freiwilligen Kohlenstoffhandel könnten enorme Summen für einen echten Klimaschutz bereitgestellt werden. Denn gerade im Globalen Süden sind keine ausreichenden finanziellen Mittel vorhanden. So würde verhindert, dass Regierungen von ökonomisch schwachen Ländern oder unter Geldnot leidende lokale Gemeinschaften dazu verleitet werden, sich auf Klimaprojekte des Emissionshandels einzulassen, die auf dem Papier viel Klimaschutz und große Gewinne versprechen, dies in der Realität aber nur selten einlösen.

## Klimaschutz muss konfliktsensibel sein

Dabei gibt es schon viele gute Beispiele für bereits existierenden nachhaltigen Klimaschutz, der insbesondere im Globalen Süden vielfältig ist und auf verschiedenen Ebenen stattfindet. Kleinbäuerliche Landwirtschaft im Globalen Süden sichert in einigen Ländern bis zu 70 Prozent der lokalen Nahrungsmittelproduktion. Bei Anwendung von agrarökologischen Ansätzen versorgt sie die Bevölkerung mit gesundem, regional produziertem Essen und schützt gleichzeitig Klima und Biodiversität. Jahrhundertalte Wirtschaftsformen indigener Gruppen sind im Waldschutz sehr effektiv und leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag zum globalen Klimaschutz. So befinden sich beispielsweise im Amazonasgebiet 45 Prozent der intakten Wälder auf indigenem Land<sup>13</sup> und weltweit kommen rund 80 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten in Gebieten indigener Gemeinschaften vor.<sup>14</sup>

Klimaschutzmaßnahmen können Konflikte auslösen und bereits bestehende Konflikte verstärken, oder sie können zum gesellschaftlichen Frieden beitragen, je nachdem, wie sie gestaltet werden. Oft verändern solche Projekte die Kultur und Traditionen der betroffenen Gemeinschaften und schwächen soziale Strukturen. Deswegen brauchen sie einen sicheren Rechtsrahmen und lokale Lösungen, und sie müssen konfliktsensibel geplant und durchgeführt werden.

## Was muss geschehen?

### Emissionen müssen runter

Der beste Klimaschutz ist ein konsequenter Ausstieg aus der fossilen Ära. Sämtliche Subventionen in fossile Energien gehören auf den Prüfstand. Sie sollten nur genutzt werden, um soziale Härten zu verhindern. Damit können Emissionen reduziert und viel Geld gespart werden, welches für den Klimaschutz, für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels und für Unterstützungsleistungen an vom Klimawandel Geschädigte dringend gebraucht wird. Aber auch im Ausbau von erneuerbaren Energien und einer Stärkung der Kreislaufwirtschaft liegen viele Potentiale, den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen zu reduzieren. Mit gut 30 Prozent der Emissionen ist die Landwirtschaft einer der Haupttreiber der Erderwärmung. Eine echte Reform unserer Ernährungssysteme in Richtung agrarökologische Landwirtschaft sowie der Abbau der industriellen Landwirtschaft und Tierhaltung sind unverzichtbar, um die Erderwärmung aufzuhalten. Diese Maßnahmen würden zudem die Biodiversität erhalten und damit langfristig die Ernährung der Weltbevölkerung sichern.

### Klimaschutz muss Menschenrechte achten

Die Menschen im Globalen Süden sind nicht dafür zuständig, die Erde zu retten, die wir gerade zerstören. Aufgrund des großen naturräumlichen Potentials und oft mangelnder Möglichkeiten der lokalen Bevölkerungen, ihre Rechte durchzusetzen, finden jedoch die meisten Klimaschutzprojekte im Globalen Süden statt. An der Durchführung beteiligte Akteure, meist aus dem Globalen Norden, vereinnahmen den Großteil des in den Kohlenstoffhandel investierten Geldes für sich. Bei

den Menschen vor Ort, die für einen fragwürdigen Klimaschutz häufig ihren Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen wie Ackerland, Wald und Wasser verlieren, kommt kaum finanzielle Unterstützung an. Nachhaltiger Klimaschutz kann jedoch nur auf der Grundlage der aktiven Beteiligung und der Wahrung der Menschenrechte der Betroffenen vor Ort gelingen, denen sich Deutschland international verpflichtet hat. Durch effektive Beschwerdemechanismen muss sichergestellt werden, dass während des gesamten Zyklus des Klimaprojektes die Möglichkeit zum Widerspruch besteht. Land- und Wasserrechte müssen geschützt, traditionelles Wissen und kulturelle Identität erhalten bleiben.

### Nachhaltiger Klimaschutz braucht Unterstützung

Echter Klimaschutz ist in einem System, welches erlaubt, Einsparungen oder Vermeidung von CO<sub>2</sub> und anderen Treibhausgasen mit einer Ausweitung von Verschmutzungsrechten an anderer Stelle zu neutralisieren, nicht erreichbar. Klimaschutz ist nur nachhaltig, wenn global die Menge an Kohlenstoff in der Luft in absoluten Zahlen gemindert wird. Sogenannte unvermeidbare „Restemissionen“, die aus Prozessen stammen, die nach dem Stand der Technik nicht auf CO<sub>2</sub>-freie Produktionsverfahren umstellbar sind oder Produkte, die nicht durch ein CO<sub>2</sub>-freies Substitut ersetzt werden können, müssen klar definiert und limitiert werden. Weltweit müssen natürliche CO<sub>2</sub>-Senken wie Wälder und Moore, aber auch Meere und klimafreundliche Kulturlandschaften geschützt werden. Der besonderen Rolle, die dabei indigenen Gemeinschaften zukommt, muss Rechnung getragen werden. Die kleinbäuerliche Landwirtschaft im Globalen Süden muss vor Land- und Wasserraub durch Projekte des Emissionshandels sicher sein.

#### Impressum

Brot für die Welt  
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.  
Caroline-Michaelis-Straße 1  
10115 Berlin  
Telefon +49 30 65211 0  
info@brot-fuer-die-welt.de  
www.brot-fuer-die-welt.de

**Autorinnen** Dr. Ingrid Jacobsen, Susanne Friess

**Redaktion** Mareike Haase

**V.i.S.d.P.** Dr. Jörn Gravingholt

**Foto** Jörg Böhling

**Layout und Grafiken** publicgarden GmbH

#### Spenden

Brot für die Welt  
Bank für Kirche und Diakonie  
IBAN: DE10 1006 1006 0500 5005 00  
BIC: GENODED1KDB

Berlin, Oktober 2025

#### Quellen — Stand August 2025

- 1 <https://www.gminsights.com/de/industry-analysis/voluntary-carbon-credit-market>
- 2 <https://www.mpg.de/23735924/klima-co2-kompensation>
- 3 <https://rightsandresources.org/blog/new-analysis-reveals-risks-of-investment-in-carbon-offsets-without-community-rights/>
- 4 <https://www.bbc.com/news/world-africa-67352067>
- 5 Soil Carbon Credits in Massai land: Another Wave of Land Alienation? A research report by the Massai International Solidarity Alliance (MISA) März 2025.
- 6 <https://www.riffreporter.de/de/international/indigene-kichwa-klagen-co2-zertifikate-handel-amazonas-peru>
- 7 <https://uneearthed.greenpeace.org/2022/05/02/carbon-offsetting-market-climate/>
- 8 <https://carbonmarketwatch.org/2023/02/02/climate-profiteering-are-intermediaries-exploiting-carbon-markets-for-their-own-ends/>
- 9 Siehe Fußnote 8
- 10 Siehe Fußnote 2
- 11 <https://www.dw.com/de/kohle-%C3%B6l-und-gas-wer-finanziert-den-ausbau-der-fossilen/a-70712445>
- 12 <https://www.germanwatch.org/de/93173>
- 13 <https://www.fao.org/america/priorities/indigenas-gobernanza-bosques/en>
- 14 <https://www.greenpeace.de/biodiversitaet/artenkrise/indigene-gemeinschaften-hueter-wald-biodiversitaet>